

## China nach Mao

### Was hat sich geändert, was bleibt?

*Zweieinhalb Jahre nach dem Tode Mao Zedongs und der Ausschaltung der „Viererbande“ vollzieht sich in der Volksrepublik China ein gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prozeß der Veränderung, welcher selbst für dieses in steter Unruhe befindliche Land kaum vorstellbar war. Im Rahmen einer Welle der Entideologisierung und Entdogmatisierung entledigt sich die Führungsgruppe um Hua Guofeng und Deng Xiaoping in erstaunlicher Schnelligkeit aller grundlegenden Elemente des Maoismus und konzentriert ihre Bemühungen ausschließlich auf die Modernisierung des „sozialistischen Vaterlandes“. Wie sich die neue Politik auf Partei, Wirtschaft, Gesellschaft und Erziehung niederschlägt und welche Konsequenzen sie u. a. für die bislang unterdrückte Religion hat, ist Gegenstand des folgenden Berichts.*

Mao Zedong ist erst gut zwei Jahre tot, und schon scheint sein politisches Erbe von den schmutzig-gelben Fluten des Yangtse fortgeschwemmt zu sein. Im China der Gegenwart, das nach eigenem Bekunden in „eine neue historische Entwicklungsetappe“ eingetreten ist (Peking Rundschau Nr. 2/79), haben seine tausendfach niedergelegten Gedanken ihren normativen Charakter verloren und sind zum lästigen Ballast geworden. Dem ehrgeizigen Programm der „Vier Modernisierungen“ in den Bereichen der Industrie, Landwirtschaft, Verteidigung sowie Wissenschaft und Technik im Wege stehend, schiebt man sie lautlos beiseite und bedient sich ihrer nur noch dann, wenn es unter Aufbietung aller interpretatorischen Klimmzüge gelingt, sie zur Abstützung der aktuellen Politik nutzbar zu machen. Auf subtile, aber für jeden Chinesen erkennbare Weise unterzieht die Führungsspitze in Peking die maoistische Politik der Vergangenheit nicht nur einer gezielten Kritik, sondern setzt ihr auch die eigenen – im wesentlichen diametralen – politischen Inhalte entgegen. Diese sind ausschließlich von den ökonomischen Erfordernissen eines zur Großmacht strebenden Entwicklungslandes bestimmt und haben die revolutionären Visionen des Vorsitzenden Mao bereits zugunsten gesamtwirtschaftlicher Orientierungsdaten wie Produktivität, Rentabilität und Arbeitsdisziplin verdrängt. Als Leitmotiv einer solchen entdogmatisierten Politik fungiert heute Deng Xiaopings weithin bekannte Sentenz: „Ganz egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, wenn sie die Mäuse wegfängt, ist sie eine gute Katze.“ Obwohl es Mao selbst war, der dieses wertfrei-pragmatische Prinzip schärfstens attackierte, findet es dieser Tage in der chinesischen Presse in erstaunlicher Offenheit mit den Worten Unterstützung:

„Manchmal wird dieser Satz auf unsere Produktions- und Aufbauarbeit mit der Bedeutung verwendet, daß jede Methode, die eine Steigerung der Produktion verspricht, eine gute Methode sei. An dieser Argumentation ist nichts falsch“ (Gongren Ribao, 3. 2. 79). Entsprechend hat sich das Erscheinungsbild des bevölkerungsreichsten Staates unseres Planeten gegenüber der noch vom Vorsitzenden Mao und der „Viererbande“ beeinflussten Zeit bereits erheblich gewandelt. Die Kommunistische Partei, die Wirtschaft, die Erziehung und die Gesellschaft im allgemeinen werden gegenwärtig von einer Woge der Veränderungen erfaßt, die in ihrer Tragweite die Entstalinisierung in der Sowjetunion der fünfziger Jahre überragen dürfte.

### Neuordnung der Partei

Nach Abschluß des XI. Parteitages der KPCh im August 1977 sollte die Partei und das ganze Land unter dem Gebot von „Stabilität und Einheit“ stehen und sich mit aller Kraft dem wirtschaftlichen Aufbau verschreiben. Doch alsbald zeigte sich, daß der Widerstand selbst hoher Parteimitglieder, die dem „neuen langen Marsch“ von Deng Xiaoping und der alten Politgarde entweder nicht zu folgen bereit waren oder ihn für zu übereilt empfanden, noch längst nicht gebrochen war. Voller Empörung stellte das offizielle Pekinger KP-Organ dazu fest: „Es gibt noch immer eine gewisse Anzahl – besonders führender – Genossen, die ihre politischen Vorstellungen noch nicht ‚entknöchert‘ haben. Manche halten noch an den ‚alten Wegen‘ fest, sogar wenn dies offensichtlich schadet“ (Renmin Ribao, 29. 12. 78). Der großen Säuberung in den Jahren 1976/77 mußte mithin noch eine kleine folgen, und so fielen 1978 weitere regionale Machthaber der Provinzen und regierungsunmittelbaren Städte (Peking, Tientsin) sowie einige weniger bedeutende ZK-Mitglieder in Ungnade. Erst seit dem Dritten Plenum des XI. Zentralkomitees im Dezember 1978, das ganz im Zeichen des Sieges von Vizepremier Deng stand und auf dem selbst Top-Parteiführer wie der Chef der Sicherheitstruppe 8341, Wang Dongxing, erhebliche Machteinbußen hinnehmen mußten, scheint sich eine wirkliche Stabilisierung in den oberen Parteigremien anzubahnen. Auf der Ebene der unteren und mittleren Parteihierarchie allerdings müssen auch in naher Zukunft noch viele Funktionäre um die Beschneidung ihrer Befugnisse und Positionen bangen. Nicht nur, daß sich etliche durch ihre ideologische Nähe zur Shanghaier Vierergruppe mehr oder minder diskreditiert haben.

Auch ihre bislang mit dem Stempel der Wichtigkeit versehenen Aufgaben als Politikader und Gralshüter der reinen Lehre werden im Zuge einer größtenteils an ökonomischer Effizienz ausgerichteten Politik zunehmend als dysfunktional verdrängt. „Es ist nötig“, so führt in diesem Sinne die Provinzradiostation in Hunan aus, „die Zahl der professionellen Wirtschaftskader, der wissenschaftlichen sowie technischen Kader zu erhöhen und die Zahl der in der politischen Arbeit stehenden Kader zu reduzieren“ (Radio Changsha, 19. 1. 79).

Dieser Prozeß der personalpolitischen Säuberungen wird seit Monaten von einem noch längst nicht abgeschlossenen Rehabilitierungsvorgang begleitet, durch den bisher schon mehr als zwei Drittel aller vor oder während der Kulturrevolution ausgeschalteten Partei- und Verwaltungskader wieder in Amt und Würden gelangt sind. Das aber dokumentiert nicht nur den Wunsch der gegenwärtigen Führungsspitze, die eigenen Reihen um weitere Kombattanten zu verstärken, sondern auch eine deutliche Abkehr vom Inhalt aller bisherigen Massenkampagnen und ein offenes Zweifeln an der Legitimität wesentlicher Grundsatzentscheidungen des dazumal noch von Mao persönlich geleiteten Zentralkomitees. Besonders seit Dezember des letzten Jahres geht man dazu über, auch die „Erzfeinde“ des Vorsitzenden zu rehabilitieren und sie vom Stigma des „Revisionismus“ oder „Rechtsabweichlertums“ zu befreien. So z. B. den ehemaligen Verteidigungsminister *Peng Dehuai*, der auf dem Lushan-Plenum 1959 als entschiedener Gegner des von Mao initiierten „Großen Sprungs nach vorn“ auftrat und ihn für die katastrophalen Folgen jener Bewegung verantwortlich machte. Ferner den unter *Liu Shaoqi* als Leiter der staatlichen Wirtschaftskommission tätigen *Bo Yibo*, dem Mao in der Vergangenheit eine ganze Philippika unter dem Titel „Bekämpft die bürgerlichen Ideen in der Partei“ zugebracht und ihn des „kleinbürgerlichen Individualismus“ bezichtigt hatte. Und nicht zuletzt den vormaligen Pekinger Bürgermeister *Peng Zehn*, welcher sich beim Vorsitzenden mit seinen Anfang 1966 publizierten „Februarthesen“, durch die er der ausbrechenden Kulturrevolution Einhalt zu gebieten versuchte, unbeliebt machte. Mit der eklatanten Würdigung Liu Shaoqis als „führenden Genossen“ in einer Zweignachrichtenagentur der amtlichen „New China News Agency“ und dem offiziellen Auftreten seiner Witwe *Wang Guangmei* anlässlich des diesjährigen Frühlingsfestes in Peking, dürfte auch einer Wiederherstellung der politischen Reputation des ehemaligen Staatspräsidenten und Intimfeindes Maos auf längere Sicht nichts mehr entgegenstehen. Dementsprechend erklärte der stellvertretende Parteivorsitzende *Li Xiannian* auf Fragen von Journalisten, daß seine Rehabilitierung „später“ erfolgen werde (Agence France Presse, 28. 1. 79).

## Neubewertung der Parteigeschichte

Parallel zu dieser personellen Revision auf allen Ebenen der Partei vollzieht sich im China nach Mao auch eine tief-

greifende Revision und Uminterpretierung der zuvor von maoistischer Hand geschriebenen Parteigeschichte. Aus langer Erfahrung mit den kommunistischen Staaten wissen wir, daß dort nicht nur der Sieger den Inhalt der Historie diktiert, sondern darüber hinaus den häufig mit brutaler Gewalt beseitigten Gegner auch auf den Scheiterhaufen derselben verbannt. Nicht anders im heutigen „Reich der Mitte“. Nach der Entfernung der „Viererbande“ und ihres Anhangs beschäftigt man sich intensiv mit einer Neubewertung der großen politischen Ereignisse der jüngeren Vergangenheit und kommt dabei zu überraschenden Resultaten. So verwandelt sich die am 5. April 1976 zugunsten der gemäßigten Parteifraktion durchgeführte Demonstration auf dem „Platz des himmlischen Friedens“ in Peking von einem „konterrevolutionären Zwischenfall“ in eine „revolutionäre Massenaktion“. Auch der von der Parteilinken kurz zuvor attackierte „bürgerliche Wind von rechts“ gibt sich nicht etwa als richtiger Wind zu erkennen, sondern entspricht jetzt „den Erfolgen in der Arbeit des Jahres 1975“, denen sich die „Viererbande“ vorsätzlich entgegengestellt habe. Kaum anders verfährt die verantwortliche Parteiführung mit der „Großen Proletarischen Kulturrevolution“, welche nach Deng Xiaoping zwar nicht „in Eile“ einer generellen Neubewertung unterworfen werden soll, deren Auftakt in Form des von Mao persönlich angeregten Kritikartikels an Wu Hans Oper, „Die Entlassung des Hai Rui“, aber schon heute als „Signal für die Durchführung einer faschistischen Diktatur“ gekennzeichnet wird (Guangming Ribao, 15. 11. 78). Nur konsequent handelt man ferner, wenn auch die „Sozialistische Erziehungsbewegung“, eine vom Vorsitzenden bereits 1962 ins Leben gerufene Kampagne, welche mittels der „Vier Säuberungen“ in Politik, Ideologie, Organisation und Wirtschaft die bis zur privaten Aufteilung des kollektiven Bodens gehende Liberalisierung der Produktionsverhältnisse auf dem Lande beseitigen sollte, eine Reinterpretation mit den Worten erfährt: „Die Bewegung der ‚Vier Säuberungen‘ ... ging auch in die Irre und führte zu einer ... Unterbrechung des normalen Fortgangs der Produktion“ (New China News Agency, 4. 2. 79). Übrig bleiben, einmal abgesehen von dem „Großen Sprung nach vorn“, der heute ebenfalls aus negativer Perspektive betrachtet wird, nur noch die Konsolidierungsphase nach 1949 und die Ära Liu Shaoqi bis 1966. Und genau aus dieser Zeit zieht die Partei mittlerweile ihre erstrebenswerten politischen Paradigmen, indem sie immer wieder darauf hinweist, daß in den siebzehn Jahren vor der Kulturrevolution die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao konsequent vorgeherrscht habe.

## Veränderungen in Industrie und Landwirtschaft

Angesichts einer solchen Neuformulierung der Parteigeschichte und der Geschichte der VR China generell erscheint es kaum verwunderlich, daß die Politik von Liu Shaoqi auch auf wirtschaftlicher Ebene ein sichtbares

Comeback feiert. War er es doch, der China in der ersten Hälfte der sechziger Jahre unter Aufgabe radikaler kommunistischer Prinzipien nicht nur Ruhe und Ordnung, sondern vor allem hohe gesamtwirtschaftliche Zuwachsraten garantiert hatte. Mit dieser politischen Restauration nur kurze Zeit nach dem Ableben Mao Zedongs hat sich der seit der Kulturrevolution bestehende Konflikt zwischen den Notwendigkeiten einer arbeitsteiligen, effizienzorientierten Wirtschaft und Verwaltung auf der einen Seite und dem maoistischen Postulat nach einer von der permanenten Revolution geschwängerten und vom sozialistischen Bewußtsein geleiteten Gesellschaftsordnung auf der anderen Seite, wohl endgültig zugunsten der ersten Komponente aufgelöst. Den ökonomischen und strukturellen Sachzwängen gehorchend, denen dieser im zentralen Kern bereits moderne Staat unterliegt – zu erinnern sei nur an die atomare Bewaffnung sowie an die Öl- und Schwerindustrie des Landes –, transponiert man die revolutionäre Umgestaltung auf eine nicht näher definierte ferne Zukunft und stellt fest: „Nachdem das Proletariat die politische Macht erobert hat..., muß es den Aufbau eines dem Kapitalismus überlegenen Gesellschaftssystems in Angriff nehmen, also die Arbeitsproduktivität erhöhen“ (Peking Rundschau, Nr. 1/79). Fast schon tragikomisch mutet es dabei an, daß die kommunistisch regierten Staaten, so auch China, die absolute wirtschaftliche Dominanz des Westens zwar zu zerschlagen beabsichtigen, dies aber nur unter Zuhilfenahme „kapitalistischer“ Methoden glauben tun zu können.

In der Industrie, deren Zuwachsraten die Parteiführung durch die Offerierung materieller Anreize in die Höhe zu treiben wünscht, verweist man in diesem Zusammenhang auf die Erfolge unserer marktwirtschaftlichen Systeme und formuliert: „Überall dort, wo die Produktion entwickelt ist und die Menschen sich eines wohlhabenden Daseins erfreuen, wird ausnahmslos auf die ‚materielle Interessiertheit‘ der Bevölkerung geachtet“ (Radio Harbin, 16. 1. 79). Entsprechend hat sich besonders in den staatseigenen Betrieben wieder ein streng nach Verantwortung und Leistung gestaffeltes Lohn- und Prämiensystem etabliert, das nicht nur Stück- und Akkordlohnformen enthält, sondern auch die Arbeiter und Direktoren erfolgreicher Fabriken nach einem angemessenen Verteilerschlüssel an den erwirtschafteten Gewinnen beteiligt sowie die Beschäftigten weniger rentabel arbeitender Betriebe mit erheblichen Lohnkürzungen bestraft. Neben dieser fast frühkapitalistischen Bindung der materiellen Interessen der Belegschaft an Erfolg oder Mißerfolg eines Unternehmens unterwirft man die Arbeiter einem ausgefeilten Kodex arbeitsdisziplinarischer Vorschriften, die eher das autoritäre Bild eines Kasernenhofs, denn das eines auf kollegialer Basis wirkenden Betriebes widerspiegeln (siehe Renmin Ribao, 16. 2. 77). Dermaßen auf profitables und produktivitätsbetontes Wirtschaften fixiert, nehmen sich die bislang in den Fabriken agitierenden „politischen Abteilungen“ nur noch als Anachronismus aus. Mithin kündigte man in der nordöstlichen Provinz Heilungskiang

bereits an, daß „die endlose politische Arbeit, die in der Vergangenheit nur Schläge gegen die Wirtschaft führte, nun gestoppt werden muß. Es ist jetzt Zeit, die politischen Abteilungen abzuschaffen“ (Radio Harbin, 20. 2. 79).

In der Landwirtschaft, dem für die Verwirklichung des Modernisierungsprogramms maßgeblichsten ökonomischen Sektor, appellieren Partei und Staat ebenfalls an die materielle Interessiertheit des einzelnen und gestatten ihm dabei erhebliche privatwirtschaftliche Freiräume. Zwar hat man mit dem erneuten Inkraftsetzen des schon aus der Liu-Zeit bekannten Lohnsystems der „festgelegten Produktionsquoten“, das eine exakte quantitative als auch qualitative Bewertung der geleisteten Arbeit erlaubt, auch in diesen Bereich einen gewissen Zuckerbrot-und-Peitsche-Mechanismus eingelassen. Dennoch stellt die Partei aufgrund der Tatsache, daß viele Bauern in den Landregionen, etwa im zentralchinesischen Anhui, „noch immer nicht genug zu essen haben und armselig gekleidet sind“ (Radio Peking, 24. 1. 79) – nach dreißig Jahren kommunistischer Herrschaft ein deprimierendes Eingeständnis –, im wesentlichen auf eine indirekte materielle Förderung derselben ab. So wies die Führungsgruppe der KPCh auf dem letztjährigen Dezember-Plenum ausdrücklich darauf hin, daß die Privatparzellen der Kommunemitglieder, das häusliche Nebengewerbe und der Markthandel eine notwendige Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft seien und niemand die Berechtigung habe, darin einzugreifen. Und tatsächlich werden solche individualwirtschaftlichen Enklaven heute nicht nur geduldet, sondern sogar nachdrücklich propagiert. Vor Monaten schon berichtete die Parteizeitung wohlwollend von einer fleißigen Bauernfamilie in Liaoning, in der vier Generationen unter einem Dach leben und alle noch einer Tätigkeit nachgehen: Die vier Söhne und die Frau eines weiteren Sohnes arbeiten auf den Feldern der Volkskommune, der Großvater kultiviert den privaten Gemüsegarten, Großmutter kocht und mästet die eigenen Schweine und die drei restlichen Frauen stellen in Heimarbeit chinesische Bettenmatten her, welche sie mit individuellem Gewinn auf dem freien Markt verkaufen (Renmin Ribao, 22. 5. 78). Auf diesen städtischen und ländlichen Märkten ist neuerdings das Handeln erlaubt; denn die Preise von Waren, deren Versorgung nicht der Nachfrage gerecht wird – und das sind in einem Entwicklungsland wie China eine ganze Reihe –, können über die vom Staat festgesetzte Höhe hinausgehen und frei vereinbart werden. Mit derartigen wirtschaftlichen Konzessionen noch nicht zufrieden, erschienen in Peking vor kurzem die ersten Wandzeitungen mit der Forderung nach Abschaffung der während des „Großen Sprungs nach vorn“ eingerichteten Volkskommunen. Die Verfasser können sich dabei auf die „Große Sprung“-Kritik ihres Vizepremiers Deng berufen.

### **Veränderungen in Gesellschaft und Erziehung**

Ebenso wie sich eine jede gravierende Modifikation inner-

halb der wirtschaftlichen Strukturen zwangsläufig auf das gesellschaftliche Umfeld auswirkt, lassen sich im China nach Mao auch auf diesem Gebiet die ersten Veränderungen erkennen. Wollen die Staats- und Parteiführer z. B. über materielle Zugeständnisse an die arbeitenden Menschen, und hier seien besonders die Spezialisten und städtischen Facharbeiter erwähnt, eine verbesserte Arbeitsmoral und erhöhte Produktivität erzielen, so haben sie für ein ausreichendes, mitunter attraktives Konsumangebot zu sorgen. Dementsprechend deuten schon heute alle Anzeichen darauf hin, daß die beinahe sprichwörtliche chinesische Askese zumindest für die privilegierten Teile der Bevölkerung alsbald der Vergangenheit angehören und in Ermangelung eigener Alternativen von einem leisen Hauch westlicher Konsumkultur abgelöst wird. So gab man etwa im Frühsommer 1978 in der Provinz Kuangtung bekannt, daß dort unverzüglich besondere Verkaufsabteilungen und Spezialgeschäfte eingerichtet würden, in denen vor allem Empfänger von Auslandsüberweisungen eine ganze Palette gemeinhin rationierter Lebensmittel und hochwertiger Konsumgüter erwerben könnten. Und erst kürzlich fügte die chinesische Presse hinzu: „Mit... der Erhöhung der Einkommen sei es nur natürlich und gerechtfertigt, daß man sich ein abwechslungsreicheres Leben wünsche und ein Bedarf an schöneren und vielfältigeren Kleidungsstücken und Frisuren bestände“ (Gongren Ribao nach: Peking Rundschau, Nr. 7/79). Zur Förderung eines solchen abwechslungsreicheren Daseins ließen sich die Fachleute in den Wirtschafts- und Außenhandelskommissionen auch schon einiges einfallen. Nicht nur, daß aufgrund ihrer Aktivitäten China seit Anfang 1979 mit „Coca Cola“ und amerikanischen Zigaretten beliefert wird. Auch die Geschäftsverhandlungen mit „McDonald's“ und dem französischen Modeschöpfer „Pierre Cardin“ demonstrieren, wie wenig sich die Volksrepublik heute noch der Faszination unserer westlichen Konsumwelt entziehen kann.

Doch die abrupte Aufgabe des puritanischen Lebensstils der Mao-Ära macht auch zuvor nicht existente oder aber mit dem eisernen Besen der „proletarischen Diktatur“ zugelegte gesellschaftliche Bruchstellen sichtbar. So erfahren wir aus der Zehn-Millionen-Metropole Shanghai, daß dort private Händler offen anstößige Photographien von jungen Mädchen verkaufen und „männliche Jugendliche, die ihr Haar blond gefärbt sowie in Dauerwellen gelegt haben, auf den Straßen flirten und sich in weiblicher Manier fortbewegen“ (Radio Shanghai, 9.2.79). Auch das leidige Problem der Prostitution, welches entgegen verbreiteter Vorstellung selbst im maoistischen China nie ganz gelöst werden konnte, tritt heute immer offener zutage. Aus diesem Grund sah sich der Vorsitzende des Kommunistischen Jugendverbandes (KJV), *Han Ying*, auf dem letztjährigen Nationalkongreß gezwungen, die Heranwachsenden zu ermahnen: „Der KJV wird... dafür sorgen, daß die Jugendlichen eine richtige Auffassung von der Liebe gewinnen. Geld und Geschenke allein machen nicht selig“ (Peking Rundschau, Nr. 46/78). Wie sehr darüber hinaus

die Kriminalität im Steigen begriffen ist, beweisen die zunehmenden „Arbeitskonferenzen für Öffentliche Ordnung“, auf denen permanent darüber Klage geführt wird, daß die Massen über den Zustand der öffentlichen Sicherheit bereits sehr ungehalten seien und man diejenigen, welche die Gesetze übertreten hätten, umerziehen müsse.

Doch wurde auch der Erziehungs- und Bildungsbereich – bis 1976 das große politische Experimentierfeld der linken Theoretiker – von der tiefgreifenden ideologischen Wende im China nach Mao nicht verschont. Zu deutlich erkannte die Gruppe um Deng, daß das vornehmlich an den Zielen der Revolution orientierte Erziehungssystem der letzten Jahre mit dem eingeleiteten Modernisierungsprogramm nicht nur wenig harmonierte, sondern dieses aufgrund des mangelhaften Ausbildungsniveaus sogar ernsthaft gefährdete. So schickte man sich bereits wenige Monate nach Maos Tod an, die seit der Kulturrevolution abgeschafften Zulassungsprüfungen für die Universitäten sowie die Leistungstests an den Grund- und Mittelschulen wieder einzuführen. Als dann im November/Dezember 1977 die ersten Universitäts-Zugangsexamina abgehalten wurden, stellte sich heraus, daß ihr Schwierigkeitsgrad extrem hoch war und dementsprechend von den 5,7 Mill. Bewerbern nur 278 000, also ganze 4,87 Prozent, reüssieren konnten. Im Rahmen dieser plötzlichen Aufwertung des Leistungsgedankens eröffnete die Staats- und Parteiführung wenig später erneut die schon unter Liu Shaoqi bekannten „Schwerpunktmittelschulen“ und „Schwerpunktklassen“, die sich als zentral geleitete und personell sowie materiell gut ausgestattete Eliteinstitutionen für Hochbegabte verstehen. Diese Einrichtungen erweisen sich zwar als ein geeignetes Mittel, um das Potential besonders intelligenter Jugendlicher zugunsten des nationalen Aufbaus restlos abzuschöpfen, doch stehen jenen Vorteilen erhebliche Nachteile für die Masse der Schüler gegenüber. Ein für Schulfragen zuständiger Kader aus der Provinz Hunan klagt z. B.: „Einige Schulen nehmen jetzt einen starken Einfluß auf die ‚Schwerpunktklassen‘ und ignorieren die normalen Klassen... Schüler, deren Leistungen nicht so gut sind, werden zunehmend ausgestoßen und diskriminiert“ (Radio Changsha, 30. 12. 78). Die Tendenz zu einer solchen bildungsmäßigen Privilegierung dürfte sich in Zukunft noch wesentlich verstärken. Denn abgesehen von einer partiellen Befreiung *aller* Lernenden von der manuellen Arbeit während der Ausbildung, wird es nur den wirklich guten Mittelschulabsolventen ermöglicht, auch ohne die unter Mao Zedong obligatorische zweijährige Produktionstätigkeit an die Hochschulen des Landes zu gelangen.

### **Begrenzte Liberalisierung in Recht, Kultur und Religion**

Die durch das Ableben Mao Zedongs ausgelösten Veränderungen, welche – wie wir gesehen haben – einer weitgehenden Verneinung seiner ideologischen Maximen gleich-

kommen, konnten das von ihm geprägte politische Klima nicht unangetastet lassen. Im Gefolge dieser zügigen Entdogmatisierung und Entideologisierung wesentlicher Lebensbereiche ergaben sich bereits einige bemerkenswerte politische Umorientierungen. So stehen die Verantwortlichen in Partei und Staat gegenwärtig im Begriff, das vom Vorsitzenden Mao durch kontinuierliche Kampagnen sowie Ad-hoc-Direktiven nur übertünchte rechtliche Vakuum erstmals mit einem umfassenden „sozialistischen Rechtssystem“ auszufüllen. Erklärtes Ziel der längst überfälligen Maßnahme ist es, sowohl den zur Willkür verleitenden Zustand der Gesetzlosigkeit aufzuheben als auch das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz in das neue Rechtssystem zu integrieren. Zwar relativiert man diese Entwicklung sogleich durch die Ergänzung, daß auch in Zukunft „die Parteipolitik die Seele des Gesetzes“ bilde und jenes „das Werkzeug für den Ausdruck der Politik der Partei“ sei (Renmin Ribao, 24. 11. 78). Doch insbesondere das Nachlassen der bis vor kurzem noch so unveröhnlichen Haltung gegenüber dem ehemaligen Bürgertum weist auf eine gewisse Ernsthaftigkeit in der Befolgung einmal formulierter Rechtsvorstellungen hin. So beschloß das Zentralkomitee der KPCh nicht nur die Entlastung der „bürgerlichen Rechten“, die während der „Hundert Blumen“-Bewegung im Jahre 1957 mit ihrer prononcierten Kritik an den Grundfesten der „Diktatur des Proletariats“ gerüttelt hatten, sondern verfügte auch die Aufhebung des Klassenstatus der ehemaligen Großgrundbesitzer und der städtischen Bourgeoisie. Damit werden diese bislang vielfach diskriminierten Personen mit allen staatsbürgerlichen Rechten und Pflichten ausgestattet, können also nach offizieller Verlautbarung sogar Mitglieder der Partei werden und verantwortungsvolle Posten bekleiden.

Auch die vielzitierten „Massen“, denen angesichts der zahlreichen politischen Kampagnen und Machtkämpfe der Vergangenheit nur die innere Emigration oder der tiefe Zynismus blieb, dürfen heute von den Ansätzen zur Liberalisierung profitieren. Sie werden nach aller Erfahrung zwar auch in Zukunft nicht ihre Geschicke in die eigene Hand nehmen können, aber die straffe Reglementierung der letzten Jahre hat merklich nachgelassen. Besonders in der Kultur, die bis zur Ausschaltung der „Viererbande“ ausnahmslos von der revolutionären Peking-Oper, von kommunistischen Filmen und politischer Literatur geprägt war, zeichnet sich eine deutliche Wende ab. In dem Maße, wie auch hier der ideologische Aspekt in den Hintergrund tritt, gewinnt der der reinen Unterhaltung an Bedeutung. Aber auch in anderer Hinsicht haben die „kleinen Freiheiten“ anscheinend zugenommen: Immer unter der Voraussetzung, das Herrschaftssystem und die Grundlinien der gegenwärtigen Politik nicht in Frage zu stellen, sind z. B. die Leser der Parteizeitung „Renmin Ribao“ seit Januar 1978 aufgerufen, in Meinungsspalten ihre Ansicht zu Mißständen in Staat und Gesellschaft auszudrücken. Ferner darf sich der gemeine Mann an der „Mauer der Demokratie“ in Peking – die allerdings oft von teilweise

mit Kameras bewehrten Beamten der Sicherheitsorgane beobachtet wird – auf Wandzeitungen zu politischen Fragen äußern.

Die Religionen, im kommunistischen China bislang ein ersichtliches Tabu-Thema, werden wieder offiziell zur Kenntnis genommen. Materialistische und „theistische“ Weltanschauung sind sich zwar nicht nähergekommen, aber die eine scheint der anderen derzeit einen größeren Bewegungsspielraum als zuvor einräumen zu wollen. So traten während des im Februar/März 1978 abgehaltenen V. Nationalen Volkskongresses erstmals seit der Kulturrevolution wieder Vertreter des katholischen, protestantischen, buddhistischen und islamischen Glaubens als ordentliche Delegierte in Erscheinung. Unter ihnen befand sich auch der inzwischen verstorbene und noch von Pius XII. bestellte Erzbischof von Shenyang, *Pi Shushi*. Besonders die „religiösen patriotischen Organisationen“, denen u. a. die katholische „Nationalkirche“ angehört, werden sich in Zukunft vermutlich gewisser Freiheiten erfreuen können. Auf einen Anfang dieses Jahres in Shanghai anberaumten Massenveranstaltung trafen sich z. B. achthundert führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der in China existenten Religionsgruppen, um sowohl die Politik der „Viererbande“ zu kritisieren als auch zu erfahren, daß das Shanghai Revolutionskomitee willens sei, den „religiösen patriotischen Organisationen dabei zu helfen, normale Aktivitäten zu entwickeln“ (Radio Shanghai, 11. 1. 79). Wie diese angekündigten „normalen Aktivitäten“ (auch Renmin Ribao, 15. 3. 79) im einzelnen aussehen werden, vermag man heute noch nicht zu sagen. Während der letzten Monate jedenfalls war es den wenigen als Arbeiter tätigen Geistlichen wohl sporadisch möglich, Gottesdienste abzuhalten, doch Taufen zu spenden oder Ehen einzusegnen blieb ebenso streng untersagt wie jede Missionstätigkeit. Letztlich aber wird der Grad der Toleranz gegenüber der Religion von dem gesellschaftlichen Stellenwert abhängen, den die Parteiführung ihr beimißt. Erscheint ihr also die Religion wichtig genug, um dem von ihr regierten Staat potentiell nützlich zu sein, so wird sie sich unter der geistigen Führung eines Deng Xiaoping ungeachtet letzter ideologischer Vorbehalte nicht scheuen, einer breiteren Liberalisierung Raum zu geben. Ein sichtbares Zeichen setzte Vizepremier Deng in diesem Zusammenhang bereits anlässlich seines Bangkok-Besuches im November 1978, als er mit dem deutlichen Kalkül der Sympathiewerbung sogar an der Mönchsweihe des thailändischen Kronprinzen teilnahm. Und auch das erst jüngst vom Generaloberen der Jesuiten, *Pedro Arrupe*, bestätigte Interesse der chinesischen Behörden an einer möglichen Rückberufung von Jesuiten an die einst von diesem Orden geleitete Universität in Shanghai (KNA – Aktueller Dienst Ausland, 21. 3. 79) beruht kaum auf einer neu aufkeimenden Religionsfreundlichkeit, sondern ausschließlich auf der für die Volksrepublik vorteilhaften Erwägung, sich die bewährten Fähigkeiten der Jesuiten, besonders auf naturwissenschaftlichem Gebiet, dienstbar zu machen.

## Bestätigung der Diktatur des Proletariats

Trotz dieser zum Teil recht spektakulären Entwicklung besteht keinerlei Anlaß, den heute verschiedentlich auftauchenden *euphorischen* Kommentaren zur Liberalisierung in China beizupflichten. Eine Gesellschaft, welche das Prinzip der „Diktatur des Proletariats“ zum unumstößlichen Wesenskern ihrer Verfassung erhoben hat, wird niemals die Pforten der Freiheit für verschiedene Weltanschauungen und alle Teile der Bevölkerung öffnen können. Folgerichtig wies der chinesische Außenminister *Huang Hua* bereits im Juli 1977 in seiner Rede über Menschenrechte vor Parteikadern darauf hin: „Wir erklären, es ist wahr, daß China einer Handvoll Leuten weder Redefreiheit noch das Wahlrecht gewährt. Darüber hinaus hält es sie unter Überwachung und verweigert ihnen jegliche Unterstützung...“ (Issues & Studies, Februar 1978). In diesem Sinne ist es nur konsequent, daß man nach dem Machtwechsel vom Oktober 1976 nicht nur die dem engsten Kreis der „Viererbände“ angehörigen Politiker in Einzelhaft hält oder sie in den Selbstmord treibt, sondern auch jene verfolgt, die sich in der Vergangenheit für deren politisches Programm engagiert haben. So erreichten uns während der letzten Monate immer wieder Berichte von Schreckensurteilen gegen politische Aktivisten aus der Kulturrevolution. Aber auch die große Mehrheit des chinesischen Volkes muß feststellen, daß der Pfad zwischen Liberalisierung und Repression noch recht schmal ist. Verunsichert durch eine erhebliche Zunahme kritischer Meinungsbekundungen – wie Demonstrationen landverschickter Jugendlicher in Shanghai –, warnt die Parteiführung bereits vor einem überhasteten politischen Frühling. Zugleich macht sie darauf aufmerksam, daß sowohl die „proletarische Demokratie“ als auch die „proletarische Diktatur“ integrale Bestandteile eines jeden sozialistischen Staates seien und deshalb keines der beiden überbetont werden dürfe. Die Shanghaier Lokalzeitung „Wen Hui Bao“ belehrt ihre Leser wie folgt: „Was für eine Freiheit brauchen wir? Die un-

beschränkte persönliche Freiheit, wie z. B. die, in Anwesenheit von Ausländern den Mund aufzureißen, oder aber die proletarische Freiheit, welche durch die proletarische Disziplin geleitet wird... Die Antwort ist natürlich: die zweite Art von Freiheit“ (nach: Agence France Presse, 2. 2. 79). Daß den Worten bereits Taten folgen, belegt nicht nur der Versuch der Pekinger Sicherheitsorgane, die vor kurzem konstituierte erste Menschenrechtsorganisation Chinas unter dem Vorwurf, sie sei von „subversiven Elementen“ unterwandert, auseinanderzubrechen (Far Eastern Economic Review, 9. 2. 79), sondern auch die Anfang April vollzogene Verhaftung von ca. zehn ihrer aktivsten Mitglieder.

Auch nach Chinas Westöffnung ist es noch ein heikles Unterfangen, über seine innenpolitische Entwicklung langfristige Prognosen abzugeben. Dennoch darf man in Anbetracht der seit Maos Tod praktizierten Politik vermuten, daß die Volksrepublik einem schweren und problemreichen Jahrzehnt entgegengeht. Für sie gilt es nicht nur, in absehbarer Zeit die mit der ideologischen Umorientierung verbundenen Konflikte zu lösen, sondern auch das hochgesteckte Programm der „Vier Modernisierungen“ zu verwirklichen. Besonders die Bewältigung der zweiten Aufgabe ist für ein armes Entwicklungsland wie China, das über ein Sozialprodukt von nur 400 US-Dollar pro Einwohner verfügt, von enormer Schwierigkeit. Sollte man dabei scheitern, und gerade die Zuwachszahlen des für die gesamtwirtschaftliche Kapitalbildung so wichtigen Agrarsektors sind bislang nicht eben ermutigend, dann werden sich politische Krisen größeren Ausmaßes kaum vermeiden lassen. Gelänge es jedoch, den laufenden Zehnjahresplan unter den Bedingungen härtester Arbeit auch nur annähernd zu erfüllen, so stände wahrscheinlich eine Epoche der inneren Stabilität und Ruhe bevor. Aber die Volksrepublik China gab in der Vergangenheit immer wieder Anlaß zu Überraschungen, und so nähme es nicht wunder, wenn in den achtziger Jahren politische Entwicklungen zum Tragen kämen, für deren Beurteilung uns gegenwärtig noch jegliche Maßstäbe fehlen.

Horst F. Vetter

## Forum

# Pastoral der Befreiung und Basisgemeinschaften in Brasilien

## Erfahrungsbericht eines Bischofs

*Der folgende Erfahrungsbericht wurde uns von Reinhard Pünder, seit 1978 Bischof der neugegründeten Diözese Coarata (Maranhão) im Nordosten Brasiliens, südostwärts des Amazonasmündungsgebietes, zugesandt. Der Bericht,*

*dem wir gerne Raum geben, ergänzt aus der Perspektive des Bischofs einer großflächigen Diözese mit größter Priesterarmut in anschaulicher Weise das Interview dieses Heftes (vgl. S. 235).*